

Wahl zur Kirchenleitung +++ Schwerpunktthema Seelsorge +++ Präsesbericht +++ Klimaschutz +++ Flüchtlingspolitik +++ Haushalt +++ Gedenken am Jahrestag der Wannseekonferenz +++ Friedensappell zu Russland-Ukraine-Konflikt +++ Kritik an Fußball-WM in Katar +++ Kirchengesetze

Wahl zur Leitung der Abteilung Theologie und Ökumene



Dr. Wibke Janssen

Wibke Janssen übernimmt Nachfolge von Barbara Rudolph

Dr. Wibke Janssen wird hauptamtliches Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland. Die Landessynode wählte die 56-jährige Theologin am letzten der fünf Sitzungstage zur Oberkirchenrätin und Leiterin der Abteilung 1 – Theologie und Ökumene – im Landeskirchenamt. Im ersten Wahlgang erhielt Wibke Janssen mit 108 Stimmen die erforderliche Mehrheit. Auf Thomas-Markus

Schaefer entfielen 42 Stimmen, auf Dr. Mareile Lasogga 31 und auf Christoph Ernst sieben. Die in Ostfriesland geborene Pfarrerin folgt damit auf Oberkirchenrätin Barbara Rudolph (64), die aus gesundheitlichen Gründen zum 1. September in den Ruhestand tritt.

Bislang Pfarrerin an der Erzbischöflichen Liebfrauenschule in Bonn

Wibke Janssen ist Pfarrerin an der Erzbischöflichen Liebfrauenschule in Bonn, Skriba des Kirchenkreises Bonn und Vorsitzende des Ständigen Theologischen Ausschusses der rheinischen Kirche. Die Theologin wurde in Ostfriesland geboren. Sie studierte in Bonn und Straßburg. Vikariat und Probendienst leistete sie in Gemeinden in Bonn und Hersel. Von 2009 bis 2011 war sie Krankenhausseelsorgerin am Uniklinikum Bonn. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin für Kirchengeschichte arbeitete sie an der Universität in Frankfurt/Main und übernahm eine Vertretung des Lehrstuhls für die Historische Dimension der Theologie und Diakoniewissenschaft im Studiengang Gemeindepädagogik und Diakonie an der Evangelischen Hochschule Bochum.

Seelsorge, globaler Klimaschutz und Geflüchtete als Herzenthemen

„Ich freue mich sehr über das Wahlergebnis, das ich auch als Rückenwind empfinde für die Aufgaben, die vor mir liegen“, reagierte Janssen unmittelbar nach der Entscheidung auf die erreichte absolute Mehrheit der Stimmen bereits im ersten Wahlgang. Ein besonderes Anliegen sei ihr, die Seelsorge, Schwerpunktthema der 75. Landessynode, auch künftig weiter zu stärken und zu stützen, vor allem mit Blick auf das Ehrenamt. Als zwei weitere Themen, die ihr am Herzen liegen, nannte sie zum einen den Klimaschutz in globaler Perspektive und zum anderen die Situation Geflüchteter an den EU-Außengrenzen in Verbindung mit den Möglichkeiten der Partnerkirchen vor Ort.

Landessynode verurteilt Morddrohungen gegen Pfarrerin

Die rheinische Kirche verurteilt die Morddrohungen gegen die Heraner Pfarrerin Melanie Jansen aufs Schärfste. „Wir stehen in uneingeschränkter Solidarität hinter unserer Kollegin und Schwester in Christus und an der Seite aller Menschen, die gegen Hass und Gewalt Position beziehen“, heißt es in der Solidaritätserklärung der Landessynode 2022. Die Pfarrerin aus der Kreuz-Kirchengemeinde Herne (Evangelische Kirche von Westfalen) organisiert wöchentlich Friedensgebete und gedenkt dabei der Opfer der Coronapandemie. Nach dem jüngsten Friedensgebet hatte sie zum wiederholten Mal eine Todesdrohung erhalten. „Hass und Hetze haben innerhalb von Gesellschaft und Kirche keinen Platz“, so die klare Botschaft der Erklärung „Für Dialog und Verständigung, gegen Hass und Gewalt“.

Stichwort: #seelsorgeistda

Auf www.seelsorgeistda.de gibt es vielseitige Informationen zum Thema Seelsorge: In acht Videoclips und -filmen werden Seelsorge-Angebote der Evangelischen Kirche im Rheinland vorgestellt. Darüber hinaus gibt es Bildmotive zum Download, die als Plakate, Postkarten oder als Sharepics in Social Media genutzt werden können. Alle Informationen zu den Seelsorge-Angeboten der Kirche – von der Altenheimseelsorge bis zur Urlaubsseelsorge – sind ebenfalls auf dieser Seite aufgeführt.

Schwerpunktthema #seelsorgeistda

„Seelsorge ist eine Kunst, keine Methode“

„Braucht unsere Gesellschaft Seelsorge?“ – auf diese vorgegebene Frage für seinen Impulsvortrag antwortete der Soziologe Prof. Clemens Albrecht provokant mit der These: „Unsere Gesellschaft braucht keine Seelsorge, sie hat die Therapie.“ Nicht der kaum fassbare Gesellschaftsbegriff, so der Soziologe, sei aber für die Frage nach der Notwendigkeit von Seelsorge ein sinnvoller Bezugspunkt, sondern einzelne Menschen. Und diese bräuchten sehr wohl Seelsorge.

Immer auch vom Gottesbezug geprägt

Denn Seelsorge sei immer auch vom Gottesbezug geprägt. Während Patientenkarrieren in der Therapie durch den Erwartungsdruck, doch endlich wieder „gesund“ zu werden, zu Stigmatisierungen führen könnten, sei Seelsorge mit einem Hoffnungshorizont verbunden, „der auf den Zustand der Erlösung verweist, ohne ihn zum Ergebnis einer Leistung zu machen“. Bei der Erfahrung menschlichen Leids jenseits der Kategorien „Gesund“ oder „Krank“ kann aus Sicht von Albrecht nur helfen, „wer selbst nicht in einer anderen Lage, aus einer gehobenen, professionellen Position heraus auf sie antwortet, sondern sie teilend begleitet“.

Qualitäten über therapeutische Professionalität hinaus

Dabei sei wichtig, dass auch die Lebenswelten geteilt würden. „Viel zu oft aber passen in der Seelsorge die Lebenswelten nicht zueinander, indem das gutbehütete, in der Gemeinde groß gewordene Mittelschichtskind auf den Knacki trifft, dessen Sprache allein eine Herausforderung darstellt, geschweige denn die bewältigte und nicht bewältigte Erfahrungswelt.“ Seelsorge benötige zudem Qualitäten, die über therapeutische Professionalität hinausreichen: Taktgefühl oder Gespür für das richtige Maß von Nähe und Distanz. „Seelsorge ist eine Kunst, keine Methode.“

Nicht nur Hintern auf Kirchenbänken zählen

Für die Weiterentwicklung von Gemeinden brauche es vielfältige kleine Hoffnungsgemeinschaften, in denen Menschen alltagsrelevante Glaubenserfahrungen machen könnten, erklärte Privatdozentin Dr. Sabrina Müller bei ihrem Vortrag zur Rolle der Seelsorge in der Kirche- und Gemeindeentwicklung. Müller ist Geschäftsführerin des Universitären Forschungsschwerpunkts Digital Religion(s) und Mitglied der Leitung am Zentrum für Kirchenentwicklung an der Universität Zürich. Häufig liege der Fokus aber auf Zahlen statt auf Qualität: „Der Inhalt der Seelsorge in Gemeinden ist auch Inhalt der Qualität von Kirche. Das können wir nicht mit ‚bumps on the seat‘ messen, also mit Hintern auf Kirchenbänken.“

Kleine kirchliche Hoffnungsgemeinschaften

Es müsse kirchliche Biodiversität entstehen, „kirchliche Hoffnungsgemeinschaften in Netzwerken, vor Ort, in Quartieren, in Cafés“. „Kirchenentwicklung braucht ergänzend verschiedene Formen von Kirche, die zusammenspielen durch gemeinsame Werte – kleine Gemeinschaften, die einander tragen und unterstützen, eingebunden in ein größeres System von Gemeinden“, so Müller. Sie verwies auf die sogenannten „pioniering places“, die es bereits gibt – zum Beispiel die Erprobungsräume in der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Aus den Grußworten:

„Als ein SEK-Beamter in Münster beim Einsatz gestorben ist und ich mit diesen Kerlen aus dem SEK-Bereich zusammensaß und die Polizeiseelsorge dabei war, habe ich gelernt und erfahren: Diese starken Kerle hingen an den Lippen des Polizeiseelers und brauchten ihn. Da ist auch wieder ein Kontakt mit Gott zustande gekommen.“

„Man muss nicht zwingend an einen Gott glauben, religiös oder spirituell sein, um aus der Anteilnahme eines anderen Menschen wieder Hoffnung zu schöpfen. Danke für das, was Sie tun. Sie unterschätzen das. Die Gesellschaft unterschätzt das. Und ich habe das vor fünf Jahren auch unterschätzt.“

Herbert Reul

Innenminister von Nordrhein-Westfalen

„Man muss gar nicht immer ausdrücklich von Gott, von Jesus, von der Bibel reden. Manchmal sind sie unausgesprochen viel intensiver im Raum, wenn wir leibhaftig verkörpern, was wir von ihnen verstanden haben.“

„Wir tun, was niemand sonst macht, mit Zuhören und Schweigen, mit Worten und Ritualen und Gesten, die niemand sonst hat. Und das bringt die Menschen dann auch wieder auf die Füße. Buchstäblich und im übertragenen Sinne.“

Dr. h. c. Annette Kurschus

Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland

„Der Bedarf an Seelsorge nimmt nicht ab und ein gemeinsames Wort der Klage und des Trostes, auch öffentlich, stellt ein unschätzbar hohes Gut dar.“

Dr. Helmut Dieser

Bischof des Bistums Aachen

Schwerpunktthema #seelsorgeistda

Seelsorge ist die Muttersprache der Kirche

Die Landessynode hat die Seelsorge als eine der wesentlichen Kernaufgaben der Kirche erneut in den Blick genommen und wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Sie hat Leitsätze, Empfehlungen und eine Perspektivschrift zur Zukunft der Seelsorge verabschiedet, die in ihrem Kern die Relevanz der Seelsorge als kirchliches Handlungsfeld herausstellen und Wege aufzeigen, wie diese auch künftig in einer kleiner werdenden Kirche, mit weniger Geld und Personal, präsent sein kann. „Wir haben diese Vorlage beschlossen, das Thema ist aber nicht abgeschlossen“, sagte Oberkirchenrätin Barbara Rudolph, Leiterin der Abteilung Theologie und Ökumene. „Seelsorge als Muttersprache der Kirche hat nicht nur viele Dialekte, sondern verändert sich und hat jeweils in ihrem Kontext neue Vokabeln und neue Grammatik und neue Entwicklungen. Dafür wünsche ich unserer Kirche von ganzem Herzen Gottes Segen.“

Digitale Kontaktmöglichkeiten werden ausgebaut

Seelsorge ist und bleibt demnach „Muttersprache“ und Ausdruck der Zuwendung Gottes. Diese Zuversicht wird in der Botschaft „Wer du auch bist, was du auch erlebst, was du auch durchmachst: Wir sind für dich da!“ ausgedrückt. Um Seelsorge auch künftig umfassend anbieten zu können, wird ein Schwerpunkt auf der Gewinnung, Ausbildung und Begleitung von ehrenamtlichen Seelsorgefrauen und Seelsorgern liegen. Zudem sollen digitale Kontaktmöglichkeiten und Seelsorge-Formate ausgebaut werden. Die Qualität von Seelsorge soll durch hohe ethische und fachliche Standards gewährleistet werden, auch mit Kooperationspartnerinnen und -partnern im Sozialraum.

Was Menschen an Seelsorge wichtig ist

Blicke von außen auf das Schwerpunktthema Seelsorge warfen zwei Menschen aus dem Kirchenkreis Lennep zum Auftakt der Seelsorge-Beratungen am Montagmorgen. Die Bedeutung der Seelsorge „in diesen unruhigen und negativ geprägten Zeiten“ hob Stefan Eichholz-Grünwald in seinem Beitrag hervor. Von Kirche wünsche er sich, dass sie wisse, was jeder ihrer Seelsorgenden Tag für Tag leiste, und dass sie diesen Dienst weiter ausbaue. Für den Inhaber einer Tanzschule in Wuppertal fängt Seelsorge jedoch nicht erst an, wenn die Seele krank sei, sondern dann, wenn sie noch stark sei, „um sie weiter zu stärken und um in diesen Zeiten auch stark durchzukommen“.

Fürsorge und Pflege von vielen Gemeinschaften

Gila Hüsing verwies auf den Wert von Gemeinschaften für die Seelsorge. „In jeder Familie und jeder Partnerschaft gibt es Probleme, Schwierigkeiten und Sorgen, mit denen man nur schwer alleine fertigwerden kann.“ Eine Beratungsstelle aufzusuchen, sei aber mit einer großen Hemmschwelle verbunden. Jeder, der möchte, solle daher in seiner Gemeinde oder Nachbargemeinde eine Gruppe Gleichgesinnter finden können, „in deren Gemeinschaft er sich wohlfühlt und austauschen kann“. Von Kirche wünscht sich die Pharmazeutisch-technische Assistentin dazu „die Fürsorge und Pflege von vielen Gemeinschaften“.

Aus dem Eröffnungsgottesdienst:

„Seelsorge: Das ist die Kernaufgabe von uns als Kirche – in allem, was wir tun. Teilzuhaben an der doppelten Suche: Gottes, der die Seele sucht, und der Seele, die Gott sucht.“

„Mal bin ich Hirtin, mal Schaf, mal Herde. Mal suche ich, mal werde ich gefunden. Mal bin ich verloren, mal kümmere ich mich um andere. Oder biete einfach nur meine Gemeinschaft. Doch wichtig ist: Wir lassen niemanden zurück. Wir geben niemanden verloren.“

Dr. Thorsten Latzel

Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland

Künftig mehr gut ausgebildete Ehrenamtliche

„Wir brauchen eine kluge Kombination von Haupt- und Ehrenamt“, sagte Präses Dr. Thorsten Latzel bei der Eröffnungspressekonferenz zur Zukunft der Seelsorge. Auch mit geringeren finanziellen und personellen Möglichkeiten „werden wir eine Kirche sein, die Menschen helfen kann, ihr Leben zu orientieren“, betonte Oberkirchenrätin Barbara Rudolph, Leiterin der Abteilung Theologie und Ökumene. „Wir ermutigen dazu, Ehrenamtliche auszubilden, die Seelsorge mit ihrer eigenen Lebenserfahrung zu verbinden.“

„Wir sind da – 24/7“, ergänzte Kirchenrätin Eva Bernhardt, Dezerentin für Seelsorge. Von insgesamt 1774 Pfarrinnen und Pfarrern sind 1123 (63,3 Prozent) in der Gemeindegeseelsorge tätig. 163 Pfarrpersonen (etwa neun Prozent) arbeiten in speziellen Seelsorgefeldern. Größter Bereich sei dabei mit 96 Pfarrpersonen die Seelsorge im Gesundheitswesen.



Videos, Bildmotive und Informationen: www.seelsorgeistda.de

„Wir lassen die Menschen nicht allein“

„Menschen offen, liebevoll begegnen. Trotzig und getrost auf Gott hoffen. Und unsere Zukunftsaufgaben mutig gestalten.“ Das sind für Dr. Thorsten Latzel Grundzüge eines protestantischen Lebens in Zeiten des Umbruchs. „Menschenfreundlichkeit, Hoffnung auf Gott und Mut zur Gestaltung – das macht unseren evangelischen Glauben aus“, sagte der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland vor der Landessynode.

Flutkatastrophe als einschneidendes Ereignis

Zum ersten Mal erstattete der 51-jährige Theologe der Landessynode seinen „Bericht über die für die Kirche bedeutsamen Ereignisse“. Zu diesen zählte im Jahr 2021 die Flutkatastrophe, die große Teile des Kirchengebiets in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli getroffen hat. „Da ist etwas zerrissen, hat Spuren hinterlassen. Bei vielen Menschen. Auch bei mir. Was im Sommer vergangenen Jahres geschehen ist, hat auch mich verändert, meinen Glauben. Das Leiden, die Zerstörung ganzer Orte – aber auch die faszinierende Nähe und Hilfsbereitschaft.“ Viel Hilfe stehe noch aus. Nach Expertenschätzungen haben 15.000 von ihnen eine posttraumatische Belastungsstörung entwickelt. „Zu den zentralen Aufgaben von uns als Gemeinden und Kirchen in den nächsten Jahren wird daher gehören: nachgehende Seelsorge, diakonische Beratung und eine heilende Erinnerungskultur. Wir lassen die Menschen nicht allein.“

Begegnungskultur und nachgehende Seelsorge stärken

Gerade im Blick auf die Flutkatastrophe sei ihm die seelsorgliche Dimension des Kircheseins noch einmal besonders wichtig geworden, so Präses Thorsten Latzel. Weil Kirche eine seelsorgliche Gemeinschaft von Geschwistern, eine Caring Community ist, „ist es uns nicht egal, wie es einander geht“, sagte Latzel. „Ich glaube, dass wir im Blick auf die Zukunft diese Begegnungskultur weiter stärken sollten. Den Kontakt zu allen Mitgliedern unserer Gemeinden und zu jedem Menschen, der Hilfe braucht.“

Thema Hoffnung als Wegbegleiter seit dem Amtsantritt

Das Thema Hoffnung habe ihn im vergangenen Jahr seit seiner Einführungs predigt im März 2021 in der Düsseldorfer Johanneskirche begleitet. Gerade angesichts von Corona, Flut, Klimawandel und der darin neu erfahrenen Verletzlichkeit spielt die Frage nach dem Grund der Hoffnung Latzel zufolge eine zentrale Rolle. So brauche Hoffnung einen starken „letzten Grund“ außerhalb ihrer selbst – Gott. Sonst werde sie naiv und verkomme zum bloßen positiven Denken. Thorsten Latzel weiter: „Ich bin überzeugt: Es ist unsere Aufgabe im Sinne einer ‚öffentlichen Seelsorge‘, so von Gott als letztem Grund einer solchen Hoffnung zu reden. Das meint nicht, dass wir als Kirche die Antwort auf alle Fragen hätten. Aber wir leben aus einer Perspektive, die uns hilft, mit den großen Herausforderungen unserer Zeit anders umzugehen. Wir bringen dabei Gott nicht zu den Menschen, sondern wir entdecken Gott bei den Menschen. Gott ist immer schon da. Wir halten die Frage nach Gott wach.“

Aus dem Präsesbericht:

„Unsere Aufgabe als Kirche ist es, trotzig und getrost auf Gott zu hoffen und den Menschen seelsorglich und diakonisch zu helfen, mit der eigenen Verletzlichkeit umzugehen.“

„Im Angesicht jedes anderen begegnen wir einem einmalig erschaffenen, gottgeliebten Menschen – und in ihr oder in ihm zugleich Christus selbst. Das heißt Glauben. Die Pandemie ist für uns auch deswegen ein Problem, weil sie dieses Sich-von-Angesicht-zu-Angesicht-Sehen erschwert. Die Masken sind medizinisch notwendig. Mit ihnen verlieren wir aber den Blick auf den Mitmenschen und zugleich den Bezug zu uns selbst.“

„In der Vernichtung von Tier- und Pflanzenarten, in der Vermüllung der Meere, in der Abholzung von Regenwäldern, in der Veränderung des Klimas sehen wir, wie grundverkehrt unsere alltägliche Lebensweise ist. Nein, wir werden nicht die Schöpfung retten. Was für eine menschliche Hybris! Die Schöpfung, die Welt als Gesamtheit ist uns entzogen, zum Glück. Ihre Rettung ist Sache Gottes. Unsere Aufgabe ist es, in unserem Lebensbereich Gottes Schöpfung nicht weiter zu zerstören und zu ihrer Bewahrung beizutragen: nicht länger Bock, sondern Gärtner im Garten Eden zu sein.“

„Ich selbst plane mehrere ökumenische Besuche bei verschiedenen Geschwisterkirchen: in Italien, in Polen, der Ukraine, in Siebenbürgen. Als rheinische Kirche haben wir starke ökumenische Beziehungen, eine besondere Lage an verschiedenen Grenzen und eine lange eigene Migrationsgeschichte. Mir ist es wichtig, dies gemeinsam mit unseren ökumenischen Partnern zu pflegen, voneinander zu lernen und unsere kirchliche Verantwortung auch in Europa wie weltweit wahrzunehmen.“

Fortsetzung Seite 5



Der vollständige Präsesbericht:
www.ekir.de/url/6yP

Bericht des Präses

Wie sieht Kirche in der Zukunft aus?

Wie die Institution Kirche in zehn, 20 oder 30 Jahren aussehe, sei nicht sicher, machte Latzel deutlich: „Einige Perspektiven lassen sich jedoch durchaus erkennen. Deutlich ist, dass Institutionen gerade in Zeiten großer Veränderungen eine wichtige, stabilisierende Rolle spielen können. Dies ist aber sehr davon abhängig, inwiefern sie sich dabei selbst als wandlungsfähig erweisen.“ Es werde daher zukünftig nicht um das Kürzen des Bestehenden gehen, sondern um ein Neugestalten, um einen wirklichen Systemwechsel. „Wir erleben bereits jetzt an vielen Orten eine Überlastung von Gemeinden und Presbyterien. Unfruchtbar sind daher bloße Verteilkämpfe: Wer bekommt wie viel vom kleiner werdenden Kuchen ab? Ebenso unfruchtbar ist ein Denken in alten Vorstellungen wie parochial versus funktional oder im Dual von ‚denen da oben‘ und ‚uns hier unten‘. Die Herkunft einer Idee sagt nichts über ihre Richtigkeit, und wir brauchen schlicht jede gute Idee. Wichtig für unsere presbyterial-synodale Kirche ist eine klare Machtverteilung, die sich von den Mitgliedern in den Gemeinden her konstituiert – und zwar von allen Mitgliedern.“

Neue Formen der Beteiligung ausprobieren

Dabei sei es aber problematisch, dass Teilhabe nur noch beschränkt funktioniere, konstatierte der Präses: „Wir bilden in unseren Presbyterien und Synoden eben vor allem die zehn Prozent ab, die mit dem Status quo etwas anfangen können. Die anderen 90 Prozent hören wir schwächer oder gar nicht. Deshalb ist es gut, wenn wir wie bei den Bürgerforen im Kirchenkreis Düsseldorf, beim ‚KIRCHENMORGEN‘ in Solingen oder auch bei dieser Tagung neue Formen der Beteiligung erproben. Auch die Erprobungsräume sind ein wichtiges Experimentierfeld, um neue Zugänge zu Kirche und Gemeinde zu eröffnen.“

Jungen Menschen mehr Raum geben

Mit dem Positionspapier E.K.I.R. 2030 habe die neu gewählte Kirchenleitung früh ein klares Zeichen setzen wollen, dass man den tiefgreifenden Wandel von Kirche aktiv mitgestalte – in Form von konkreten Projekten. So sollen Presbyterien durch digitale Wahlen gestärkt und von Verwaltung entlastet werden. „Sie sollen sich eben 90 Prozent ihrer Zeit auf die geistlichen, kommunikativen, konzeptionellen Aufgaben konzentrieren können.“ Auch die Zusammenarbeit in Regionen der großen Evangelischen Kirche im Rheinland soll zum Beispiel durch mehr Anstellungsmöglichkeiten von Pfarrern und Pfarrerinnen auf Kirchenkreisebene und durch die Stärkung der Arbeit in multiprofessionellen Teams gefördert werden. Und: „Jeden Menschen, gleich ob Jung oder Alt, wollen wir ansprechen. Junge Menschen zwischen 20 und 40 Jahren sind nur besonders betont, weil sie die Altersgruppe sind, die wir am stärksten verlieren – und weil sie zentral sind für die Weitergabe christlichen Glaubens in die nächste Generation“, unterstrich Latzel. „Dazu müssen wir ihnen mehr Raum geben, etwa auf den Kanzeln, und Bereiche wie Kita-Arbeit stärken, weil sie einen besonderen Kontakt zu jungen Familien bieten. Hier brauchen wir vernetzte Trägerschaften – in guter Verbindung mit den Gemeinden vor Ort.“

Menschenfreundlichkeit, Hoffnung auf Gott, Mut zur Gestaltung

Menschenfreundlichkeit, Hoffnung auf Gott und Mut zur Gestaltung machten den evangelischen Glauben aus. „Und darin wollen wir uns gemeinsam stärken: mit verletzlicher Zuversicht und trotziger Zärtlichkeit – in Mystik und Widerstand, mit Gebet und Engagement“, so Latzel abschließend. „Dazu helfe uns Gott.“

Der Präses zum Abendmahl: Wir können gemeinsam feiern, weil Christus der Einladende ist

Präses Dr. Thorsten Latzel mahnt Fortschritte beim gemeinsamen Abendmahl von evangelischen und katholischen Christinnen und Christen an. „Wir brauchen mehr gelebte geistliche Gemeinschaft, speziell beim gemeinsamen Abendmahl“, sagte der 51-jährige Theologe in seinem Präsesbericht.

„Wir können dies in Wahrung der je eigenen Tradition gemeinsam feiern – weil eben Christus der Einladende ist und wir nur gemeinsam Gäste am Tisch des Herrn sind“, so Latzel. Der Text „Gemeinsam am Tisch des Herrn“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) habe dies noch einmal theologisch klar begründet. „Und beim Ökumenischen Kirchentag in Frankfurt im vergangenen Jahr gab es dafür gute Beispiele. Ich bin dankbar für die Schritte, die von Vertretern der katholischen Seite hier gemacht wurden.“

Präses Latzel unterstrich, dass die Zukunft der Kirche ökumenisch sei. „Wir brauchen mehr Kooperation: konfessionell-kooperativen Religionsunterricht, kooperative Gemeinden, eine Ausweitung der Zusammenarbeit in der Seelsorge, auch stellvertretendes Handeln. Das schließt – im Sinne einer versöhnten Verschiedenheit – die bewusste Wahrung unserer evangelischen Traditionen ein.“

Er verwies auf den Theologen Fulbert Steffensky. Der habe gesagt: Eine reife Persönlichkeit zeichne sich dadurch aus, dass sie um die eigene Schönheit wisse und zugleich die der anderen wertschätzen könne. Den Schatz des vielfältigen konfessionellen Erbes in versöhnter Verschiedenheit zu leben und dabei zugleich für grundlegende Einsichten wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die freie sexuelle Selbstbestimmung, die bleibende Erwählung des Volkes Israel und eine offene plurale Gesellschaft einzutreten, das werde die Aufgabe sein.

Ziel: Bis 2035 treibhausgasneutral werden

Kirchengemeinden, Kirchenkreise und die Landeskirche sollen bis spätestens 2027 entscheiden, welche ihrer Gebäude sie langfristig benötigen. Diese sollen bis 2035 „treibhausgasneutral ertüchtigt werden“. Das hat die Landessynode mit großer Mehrheit beschlossen. Die Erderwärmung vollziehe sich deutlich schneller als angenommen. Zugleich blieben die globalen Anstrengungen zur Reduktion von Treibhausgasen weit hinter den Zusagen des Pariser Klimaabkommens zurück, heißt es in dem Beschluss. „Das grundrechtliche Prinzip, dass die Freiheit zukünftiger Generationen nicht durch heutige Unterlassungen elementar eingeschränkt werden darf, nimmt auch uns als Kirchen in die Pflicht.“

Gebäude haben Schlüsselfunktion für Treibhausgasneutralität

Die rheinische Kirche geht von einem Bestand von etwa 5560 Gebäuden aus. „Der Gebäudesektor hat eine Schlüsselfunktion auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität“, erklärt Vizepräsident Dr. Johann Weusmann. Bei der Ertüchtigung der Gebäude gelte es auch, Anliegen des Denkmalschutzes und von der Politik bereitgestellte Förderinstrumente einzubeziehen.

Sofortmaßnahmen sollen Treibhausgasemissionen kurzfristig senken

Um Treibhausgasemissionen kurzfristig zu senken, verpflichtet die Landessynode alle kirchlichen Ebenen, ihre Heizungen nach landeskirchlichen Standards zu optimieren und auf zertifizierten Öko-Strom umzustellen. Weitere treibhausgasreduzierende Maßnahmen seien bei der Mobilität, Flächennutzung und Beschaffung zu ergreifen sowie durch Investitionen in die Erzeugung regenerativer Energie.

Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen

Für die „Akzeptanz der Anstrengungen“ sei eine Finanzplanung nötig, die notwendige Investitionskosten, Einsparungen und Refinanzierungen sichtbar mache, heißt es im Beschluss. Standards für die Analyse solle die Kirchenleitung definieren. Gemeinsam mit den ständigen Synodalausschüssen erhält sie den Auftrag, bis zur nächsten Landessynode 2023 eine „abgestimmte Strategie für den Prozess hin zur Treibhausgasneutralität bis 2035 einschließlich finanzieller Aspekte“ zur erarbeiten. Dafür sowie für den Aufbau einer Projektstruktur und die Umsetzung erster Maßnahmen sollen für das Haushaltsjahr 2022 aus dem Überschuss des landeskirchlichen Haushalts drei Millionen Euro bereitgestellt werden.

„Starkes Signal nach innen und außen“

Das Thema Schöpfungsverantwortung hat die Landessynode immer wieder beschäftigt: beim Grundsatzbeschluss „Wirtschaften für das Leben“ aus dem Jahr 2008, beim „Integrierten Klimaschutzkonzept“ von 2017 und der Einführung von Klimaschutzmanagerinnen und -managern im Jahr 2019. Trotz beachtlicher Erfolge für den Klimaschutz stellt die Synode selbstkritisch fest, dass „die gemeinsam beschlossenen Klimaziele erheblich verfehlt wurden“. Die beschlossenen Maßnahmen seien „ein starkes Signal nach innen und außen“, erklärt Vizepräsident Weusmann. Gleichzeitig folgt die Landessynode damit einem Aufruf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Diese hatte im November 2021 den Beschluss „Die Zeit ist jetzt! – Auf dem Weg zur Klimaneutralität“ gefasst. Darin bittet sie alle Gliedkirchen, „eine datenbasierte Roadmap für einen verbindlichen EKD-weiten Prozess zur Klimaneutralität bis 2035 zu erarbeiten“.

Beispiele für energiesparende Gebäude der Landeskirche

Energetische Sanierung des Gebäudes der ESG Köln: Ein Beispiel, wie die Landeskirche den Energiebedarf eines ihrer Gebäude bereits nachhaltig reduziert hat, bietet das Wohnheim der Evangelischen Studierendengemeinde (ESG) Köln. Durch die energetische Sanierung des Gebäudes konnte hier der CO₂-Ausstoß bei der Erzeugung von Strom jährlich um 0,532 Tonnen gesenkt werden, bei der Erzeugung von Wärme um 58,951 Tonnen. Einspareffekte wurden vor allem durch Außenbauteile an der Fassade erzielt, aber auch durch Einzelraumlüftung mit Wärmerückgewinnung.

Neubauprojekte: Erfahrungen im nachhaltigen Bauen hat die rheinische Kirche bereits durch die Errichtung des neuen Verwaltungsgebäudes der Jugendbildungsstätte Hackhauser Hof in Solingen. Das zweistöckige Gebäude wird demnächst mit dem Gold-Standard der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) ausgezeichnet. Ebenfalls nach dem Gold-Standard der DGNB wird nun auf dem Grundstück des ehemaligen FFFZ-Tagungshauses in Düsseldorf gebaut. Das Neubauprojekt „Wohnpark 450“ sieht u. a. die Errichtung einer Photovoltaikanlage vor, mit der fast 97.000 Kilowattstunden Solarstrom pro Jahr produziert werden können. Außerdem soll es eine Wärmepumpenanlage, Wärmerückgewinnung aus Wohnungslüftungen und Ladepunkte für E-Mobilität geben.

Solarstrom: CO₂-Einsparpotenziale bieten auch andere Photovoltaikanlagen der Evangelischen Kirche im Rheinland. Allein die beiden Anlagen auf dem Dach des Landeskirchenamts in Düsseldorf sowie auf dem Paul-Schneider-Gymnasium im rheinland-pfälzischen Meisenheim haben im Jahr 2020 zusammen 21,01 Tonnen CO₂ eingespart.

Flüchtlingsschutz an den EU-Außengrenzen

An Europas Grenzen wird Recht gebrochen

Die Landessynode zeigt sich besorgt über die anhaltend dramatische Notlage Geflüchteter an den Außengrenzen Europas. Schutzsuchende auf dem Balkan, in Griechenland, im Grenzgebiet von Polen zu Belarus und im französischen Calais unter erbärmlichen Bedingungen festzuhalten, widerspreche allen humanitären und rechtlich garantierten Standards. Nothilfe und die sofortige Aufnahme von Schutzsuchenden in solchen Notsituationen seien dringend geboten.

Push-Backs sollen sofort beendet werden

An den Grenzen der Europäischen Union (EU) werde Völkerrecht offen gebrochen, würden Menschenrechte verletzt. Die Landessynode hat deshalb die Kirchenleitung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Push-Backs, „die Zurückweisungen von Geflüchteten insbesondere an der polnisch-belarussischen Grenze, an der bosnisch-kroatischen Grenze, an der griechisch-türkischen Grenze, im Mittelmeer, aber auch in Spanien an der Grenze zu Marokko, in Zypern und Ungarn sofort beendet werden“. Zunehmende Unmenschlichkeit mitten in und an den Grenzen Europas sei bedrückend, heißt es im zwölften Bericht zum Flüchtlingschutz an den EU-Außengrenzen. Die Situation der notleidenden Menschen verschlimmere sich weiter. „An den Grenzen gibt es nach wie vor Tote, zu viele Tote.“

Aufenthaltsperspektive für Afghaninnen und Afghanen

Von Bund und Ländern fordert die Landessynode die schnelle Umsetzung eines Bundesaufnahmeprogramms für Afghaninnen und Afghanen sowie Landesaufnahmeprogramme für Angehörige bereits in Deutschland lebender Afghaninnen und Afghanen. Die Evakuierung solle fortgesetzt und Ortskräften und deren Familien, Journalistinnen und Journalisten, Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten sowie weiteren am Aufbau eines demokratischen Afghanistans Beteiligten eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Bereits in Deutschland lebenden Afghaninnen und Afghanen sei eine sichere Aufenthaltsperspektive zu bieten und ein schneller Familiennachzug zu ermöglichen.

Kritik am flüchtlingspolitischen Diskurs im Wahlkampf

Kritik äußert der Bericht am flüchtlingspolitischen Diskurs zur Lage in Afghanistan während des Bundestags-Wahlkampfes im vergangenen Jahr. Die immer wiederkehrende rhetorische Figur „2015 darf nicht noch mal passieren“ schüre Ängste und spreche insbesondere Menschen an, die Migration ablehnen oder Vorbehalte haben. Dabei sei die Aufnahme von insgesamt 890.000 Menschen aus Syrien „eine große Erfolgsgeschichte“ gewesen, die von Humanität und Hilfsbereitschaft erzähle. „Bereits nach fünf Jahren waren mehr als die Hälfte der Geflüchteten zwischen 18 und 64 Jahren in den Arbeitsmarkt integriert.“

Die EU fällt immer wieder hinter ihre eigenen Ansprüche zurück

Fluchtursachen müssten endlich wirksam bekämpft, die Ursachen von Bürgerkrieg, Armut, Terror, Bildungsmangel, Klimawandel und religiöser Verfolgung angegangen werden. „Dies würde einen Abbau von ungerechten Handelsbeziehungen bedeuten, eine ausgeprägte Menschenrechts- und Friedensarbeit, internationale Abrüstung inklusive Waffenexportverboten und einer nachhaltigen Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit.“ Die Europäische Union falle jedoch regelmäßig hinter ihre eigenen Ansprüche und Willensäußerungen zurück.

Gedenken am 80. Jahrestag der Wannseekonferenz

Die Landessynode hat ihre Plenarsitzung am Donnerstag, 20. Januar, dem 80. Jahrestag der Wannseekonferenz, für ein Gedenken und mehrere Schweigeminuten unterbrochen. „Wir gedenken der ermordeten Jüdinnen und Juden. Ihr Tod ist ein unwiederbringlicher Verlust. Wir stellen uns unserer christlichen Mitverantwortung und Schuld an der Shoah“, sagte Pfarrerin Christiane Munker-Lütkehans.

Oberkirchenrätin Barbara Rudolph verwies auf das Jubiläumsjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ und stellte dankbar fest: „Durch zahlreiche Veranstaltungen und Begegnungen wird deutlich, dass in unserem Land eine neue Vielfalt jüdischer Gemeinden und Kulturen wächst.“ Gleichzeitig sei ein immer lauter und hemmungsloser werdender Antisemitismus wahrzunehmen, beklagte Munker-Lütkehans: „Es ist nicht ungefährlich, als Jüdin oder Jude in Europa offen zu leben.“ Die rheinische Kirche stehe in der Verantwortung, „entschlossen allen Formen von Antisemitismus und Antijudaismus entgegenzutreten und dazu beizutragen, dass Jüdinnen und Juden ohne Angst, frei und sicher leben können“.

RIO wird ab April zu Arbeitsbereich der VEM

Der Rheinische Dienst für Internationale Oekumene (RIO) wird ab 1. April 2022 zu einem Arbeitsbereich der Vereinten Evangelischen Mission (VEM). Die Pfarrerrinnen und Pfarrer im RIO werden auf Antrag für den Dienst bei der VEM beurlaubt. Ihr Pfarrdienstverhältnis zur Kirche bleibt bestehen, Anstellungsträger wird die VEM. Zur Finanzierung erhöht die rheinische Kirche den Globalzuschuss an die VEM, in den ersten Jahren jährlich um circa 200.000 Euro. Auf lange Sicht kann die VEM die Personalkostensteigerung auffangen.

Finanzbericht und Haushalt / Impfgerechtigkeit

Größter Posten bleiben die Personalkosten

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat den Haushalt 2022 mit einem Gesamtvolumen von knapp 542 Millionen Euro beschlossen. Im vergangenen Jahr lag der Ansatz bei 532 Millionen Euro. Für dieses Jahr prognostiziert Oberkirchenrat Henning Boecker, Leiter der Abteilung Finanzen und Diakonie, einen Überschuss von rund 3,7 Millionen Euro. Das Haushaltsjahr 2021 schloss noch mit einem Minus von mehr als sieben Millionen Euro ab. Mit knapp 63,5 Prozent der Ausgaben bleiben Personalaufwendungen auch 2022 der größte Haushaltsposten.

Zuwächse bei Kirchensteuern geringer als bei staatlichen Steuern

Mit 714 Millionen Euro liegt das erwartete Netto-Kirchensteueraufkommen im Jahr 2022 deutlich höher als noch im Jahr 2020 angenommen. Im Jahr 2020 fielen die Kirchensteuereinnahmen sechs Prozent geringer aus als 2019. Der Rückgang war aber deutlich geringer als ursprünglich befürchtet: Für das Jahr 2020 waren – coronabedingt – rund 12,5 Prozent weniger Kirchensteuern erwartet worden. Das staatliche Steueraufkommen bei den vergleichbaren Steuerarten liegt allerdings noch deutlich höher. Gerade im Bereich der Lohnsteuer ergibt sich nach Boeckers Angaben ein äußerst starker Zuwachs, der bei den Kirchensteuern nicht durchschlägt. Auch bei den Kirchensteuern auf die Einkommensteuer lägen die Zuwächse deutlich unterhalb der Vergleichswerte im staatlichen Bereich.

Globale Impfstoff-Verteilung ungerecht

Mit dem Coronavirus sei die Welt von einem Gesundheitsnotstand betroffen, der Ungleichheit und Ungerechtigkeit verstärke, mahnt die Landessynode. Die Pandemie könne aber nur global begrenzt und überwunden werden. Impfstoff müsse allen Menschen zugänglich sein. Die derzeitige Verteilung gefährde die weltweite Bekämpfung der Pandemie. Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit müssten Länder des Globalen Südens bei ihren Impfkampagnen und beim Aufbau eigener Produktionskapazitäten für Impfstoffe unterstützt werden.

Zugang zur Impfung auch für Menschen auf der Flucht

Nichtregierungsorganisationen müssten die Möglichkeit bekommen, Länder des Südens mithilfe von Impfstoff-Spenden schnell und unbürokratisch bei ihrem Kampf gegen die Pandemie zu unterstützen. Außerdem müssten diejenigen, die wie Menschen auf der Flucht vielerorts von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen seien, kostenfreien Zugang zu einer Corona-Schutzimpfung erhalten.

Aufhebung des Patentschutzes prüfen

Die Landessynode bittet den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), „in Kooperation mit ‚Brot für die Welt‘ zu prüfen, ob die Initiative unterstützt werden kann, geistige Eigentumsrechte – unter anderem Patente – auf Impfstoffe und andere epidemierelevante medizinische Technologien wie zum Beispiel Medikamente temporär auszusetzen“. Gleichzeitig bittet sie die rheinischen Gemeinden, „sich die deutsche und europäische Kampagne zur Aufhebung des Patentschutzes und für eine gerechte Verteilung von Impfstoffen zu eigen zu machen“ und bei ihren Mitgliedern für deren Unterstützung zu werben.

Kritik an Ausrichtung der Fußball-WM in Katar

„Keinesfalls darf sportlicher Wettbewerb instrumentalisiert werden, um undemokratische Prozesse, Strukturen, Staaten und Institutionen zu legitimieren, aufzuwerten und (finanziell) zu fördern“, heißt es im Initiativantrag zur Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar. Diese Meinung teilte die Landessynode. Damit geht eine eindeutige Positionierung einher: „Die Evangelische Kirche im Rheinland kritisiert – angeregt durch einen Beschluss der Delegiertenkonferenz der Evangelischen Jugend im Rheinland – die Entscheidung der FIFA, die WM 2022 in Katar stattfinden zu lassen.“

Die rheinische Kirche ermutigt Gemeinden, kirchliche Organisationen und Einrichtungen, Aktionen und Projekte zur WM 2022 konsequent zur kritischen Auseinandersetzung mit dieser zu nutzen. Dazu zählten die Verletzung von Menschenrechten und die soziale Ungleichheit in Katar, die schweren Verdachtsfälle von Korruption sowie die Auswirkungen auf das Klima. Darüber hinaus wird der Deutsche Fußball-Bund (DFB) aufgefordert, für künftige WM-Vergaben verbindliche Voraussetzungen für die Achtung der Menschenrechte festzulegen.

Präses aufgeschlossen für Impfpflicht

Präses Dr. Thorsten Latzel hat sich bei einer Pressekonferenz am Rande der Landessynode grundsätzlich aufgeschlossen gezeigt für eine allgemeine Impfpflicht, wenn auch noch viele offene Fragen genau zu klären seien. Die Impfpflicht werde gebraucht, um nach derzeitiger Einschätzung aus der Corona-Pandemie zu kommen. „Ich sehe es als einen Ausdruck der Nächstenliebe an, die Gesundheit des anderen bestmöglich zu schützen“, sagte Latzel. Bereits im Dezember hatte er „Sieben goldene Regeln, wie wir über Corona reden sollten“ formuliert.

Presbyteriumswahlen / Kirchenordnung

Wahl der Presbyterien auch digital möglich

Erstmalig soll bei den Presbyteriumswahlen im Februar 2024 auch online abgestimmt werden können. Dafür richtet die Landeskirche ein zentrales digitales Verfahren ein. Mit der Wahlbenachrichtigung werden neben dem Antrag auf Briefwahl auch die Zugangsdaten für eine Online-Wahl versandt. Eine Stimmabgabe an der Urne am Wahltag bleibt weiterhin möglich.

Gemeinden können sich zwischen zwei Verfahren entscheiden

Für die Presbyteriumswahl 2024 gibt es zwei Möglichkeiten. Gemeinden können das neue Wahlverfahren, bestehend aus Online-Wahl, Antragsbriefwahl und Urnenwahl, anwenden oder eine allgemeine Briefwahl durchführen. Bei der allgemeinen Briefwahl erhalten alle Wahlberechtigten Briefwahlunterlagen zugeschickt, außerdem können sie am Wahltag an der Urne wählen. Die allgemeine Briefwahl organisieren die Gemeinden selbst. Beim neuen kombinierten Wahlverfahren aus Online-Wahl, Antragsbriefwahl und Urnenwahl erfolgt ein zentraler Versand der Wahlbenachrichtigungen für alle teilnehmenden Gemeinden. Daher ist etwas mehr Vorlauf für das zentrale Verfahren notwendig.

Neue Möglichkeit soll Wahlbeteiligung erhöhen

Die Gesamtkosten für das neue Wahlverfahren werden auf rund 1.060.000 Euro geschätzt. Die Fixkosten in Höhe von 280.000 Euro trägt die Landeskirche, die Gemeinden übernehmen die variablen Kosten nach Anzahl der Wahlberechtigten. Pro wahlberechtigtem Gemeindeglied fallen 1,18 Euro an, wenn 660.000 Wahlberechtigte zugrunde gelegt werden. Die Möglichkeit der digitalen Stimmabgabe soll den Zugang zur Presbyteriumswahl erleichtern und die Wahlbeteiligung erhöhen.

Änderung der Kirchenordnung beschlossen

Künftig genügt für die Vertretung im Rechtsverkehr oder die Erteilung von Vollmachten die Unterschrift eines Kirchenleitungsmitglieds der Evangelischen Kirche im Rheinland. Das hat die Landessynode mit einer Änderung der Kirchenordnung beschlossen. Zudem hat die Synode mit einer Änderung in Artikel 132 die kürzlich vorgenommene Namensänderung der „Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel“ zu „Kirchliche Hochschule Wuppertal“ berücksichtigt und die Formulierung entsprechend angepasst.

Synode lehnt Antrag auf Aufhebung der Altersgrenze ab

Dagegen wurde der Antrag der Kreissynode Obere Nahe abgelehnt, die in der Kirchenordnung geregelte Höchstaltersgrenze für das Amt des Presbyters bzw. der Presbyterin aufzuheben. Die Kreissynode hatte ihren Antrag damit begründet, dass es in einer älter werdenden Gesellschaft nicht sinnvoll sei, über 75-Jährige auszuschließen. Diese hätten mehr Zeit, mehr Erfahrungen, Kontakte und Kompetenzen. Die mit der Beratung befassten Ausschüsse sprachen sich jedoch mit eindeutiger Mehrheit für die Beibehaltung der Höchstaltersgrenze aus. Die Altersgrenze sei noch immer ein geeignetes objektives Kriterium, um Einzelfallentscheidungen zu vermeiden. Von Betroffenen selbst werde die Altersgrenze zudem nicht selten als Entlastung empfunden. Außerdem ermögliche die Altersgrenze das Nachrücken jüngerer Generation ins Presbyterium.

Gremiensitzungen per Video jetzt immer möglich

Sitzungen und Tagungen der Leitungsgremien der Evangelischen Kirche im Rheinland sollen künftig auch ohne Anlass als Videokonferenz oder in hybrider Form abgehalten werden können. Dazu hat die Landessynode eine Änderung des Verfahrensgesetzes beschlossen. Bisher waren Videokonferenzen oder die Zuschaltung einzelner Mitglieder zu einer Videokonferenz nur bei Vorliegen einer besonderen Ausnahmesituation wie der Corona-Pandemie möglich. Auch Wahlen sollen künftig elektronisch durchgeführt werden können – unabhängig davon, ob das Leitungsgremium präsent, hybrid oder digital tagt. Mit der Änderung des Verfahrensgesetzes will die Landessynode die Arbeits- und Handlungsfähigkeit der Leitungsgremien auch in „normalen“ Zeiten sicherstellen. Daher soll auch die Teilnahme per telefonischer Zuschaltung an digitalen Sitzungen des Presbyteriums, der Kreissynodalvorstände und der Kirchenleitung in Einzelfällen zugelassen werden, um Gremienmitglieder in internetschwachen Regionen nicht auszuschließen.

In bestimmten Fällen Wahl in Gemeindeversammlung erlaubt

Gibt es nicht genügend Kandidierende für die Presbyteriumswahl in einer Gemeinde, kann der Kreissynodalvorstand künftig die Wahl in einer Gemeindeversammlung erlauben. Darüber hinaus wurden von der Landessynode noch weitere Änderungen des Presbyteriumswahlgesetzes der rheinischen Kirche beschlossen: So können in der Gemeindeversammlung, die es vor der Wahl zur Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten gibt, nun auch nicht anwesende Gemeindeglieder für eine Kandidatur vorgeschlagen werden.

Russland-Ukraine-Konflikt

Besorgte Landessynode betet für Frieden

Die Landessynode hat sich tief besorgt gezeigt angesichts der sich verstärkenden Eskalation aufgrund der Bedrohung der Ukraine durch die russische Regierung und angesichts der Situation für die Partnerkirchen und alle Menschen in der Ukraine. „Wir drohen in eine Lage zu geraten, in der ein Krieg in den Bereich des Möglichen rückt“, heißt es im Beschluss zu einem Initiativantrag des Jülicher Superintendenten Jens Sannig. In Erinnerung an die langjährige Versöhnungsarbeit mit Russland und im Sinne ihres Friedenswortes von 2018 setzt sich die Landessynode weiterhin nachdrücklich für die friedliche Konfliktlösung ein. „Angesagt ist keine eskalierend wirkende Konfrontation, sondern eine politische und militärische Deeskalation, die zum Ausgleich der Interessen, zu einer neuen Entspannungspolitik und damit zur Vermeidung eines neuen ‚Kalten Krieges‘ beiträgt.“

Begegnung mit der russisch-orthodoxen Kirche?

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) wird gebeten zu prüfen, ob zeitnah eine Begegnung mit Vertreterinnen und Vertretern der russisch-orthodoxen Kirche stattfinden kann, um ein gemeinsames Signal für Frieden und Zusammenarbeit zu senden. An die Gemeinden geht die Bitte, die gegenwärtige Situation und die verstrickten Nationen in ihre Gebete einzuschließen. Auch auf der Synode sprach Pfarrerin Miriam Haseleu aus Köln, nebenamtliches Mitglied der Kirchenleitung, im Anschluss an die Abstimmung über den Antrag ein Gebet, das auch in den Gottesdiensten der Gemeinden verwendet werden kann:

Gott,

mit Sorge schauen wir in die Ukraine und nach Russland.

Wir bitten dich für alle, die in die politischen und diplomatischen Verhandlungen involviert sind. Wir bitten dich um Weisheit und Geduld und den unbeirrbaren Willen zum Frieden.

Wir bitten dich für die Menschen in der Ukraine, in Russland und in ganz Osteuropa: Wo Härte und militärische Stärke vorherrschen, schaffe du, Gott, dir Raum mit deiner Sanftheit und Güte und mit der Liebe zum Kleinen und Schwachen.

Wo Angst und Misstrauen sind, schaffe dir Raum mit deiner Großzügigkeit, mit der Hoffnung und dem Vertrauen.

Wo vergangene Ereignisse und Entfremdung Wunden geschlagen haben, da schaffe dir Raum mit deinem heilsamen Geist der Versöhnung.

Schaffe dir Raum, Gott, und deinem Shalom, deinem Frieden, der alle Menschen sieht und allen gilt.

Amen.

Die Landessynode im Internet



Dokumente, Pressemeldungen, Videos und Audios von der Landessynode sind im Internet abrufbar unter:

www.ekir.de/landessynode

Die dort eingestellten Fotos und Texte sind bei Quellenangabe (ekir.de) zur Nutzung in Gemeindebriefen kostenfrei.

Vielfalt in den Gremien soll gefördert werden

Die Landessynode hat sich auch mit der Diversität in Gremien der rheinischen Kirche befasst. Diese seien „über alle Ebenen hinweg recht homogen zusammengesetzt“, heißt es in der Begründung zum Beschluss. Sie verweist auf den Gleichstellungs- und Diversitäts-Atlas 2022, den die Stabsstelle Vielfalt und Gender vorgelegt hat.

In ihrem Beschluss bittet die Landessynode Gemeinden, Kirchenkreise und die Landeskirche, im Vorfeld von Gremienwahlen im Jahr 2024 Maßnahmen zu ergreifen, „die die Vielfalt in den (Leitungs-)Gremien der Evangelischen Kirche im Rheinland auf allen Ebenen befördern“. Dazu empfiehlt sie allen Gremien, die Selbstchecks zum Thema Jugendpartizipation zu bearbeiten.

Ausschussvorsitzende neu gewählt

Pfarrerin **Annegret Puttkammer**, Direktorin und Theologische Vorsitzende des Neukirchener Erziehungsvereins, wurde zur Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses für Erziehung und Bildung gewählt. Superintendent **Heinrich Fucks** (Düsseldorf), der zuvor schon als kommissarischer Vorsitzender den Nominierungsausschuss geleitet hat, wurde von den Synodalen als Vorsitzender bestätigt, ebenso die bislang kommissarisch tätige Stellvertreterin, **Miriam Lohrengel**. Die Besetzungen gelten für die Dauer der laufenden Wahlperiode bis 2025.

IMPRESSUM

Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland
Stabsstelle Kommunikation und Medien

40476 Düsseldorf
Hans-Böckler-Straße 7
Telefon 0211 4562-373
Mobil +49 172 2603373
Internet www.ekir.de/presse
E-Mail pressestelle@ekir.de